

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,
Genuss Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1338
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 215.

Sonnabend, 13. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuchschlag, Feste Tarife, Vermittlung Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Befehlsgang: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Streik oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer einen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostzeistraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Verbilligungsaktion der Reichsregierung.

1) Berlin. Um die durch das Londoner Abkommen dem deutschen Volke erwachsenden Lasten möglichst tragbar zu machen und alle Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen, wird die Reichsregierung eine Reihe von wirtschaftlichen und steuerlichen Maßnahmen treffen. Im einzelnen wird folgendes veranlaßt werden:

1. Die Frachten der Normalklassen des Gütertarifs, die Sätze des Tierarifs und die Frachten des allgemeinen Kohlenausnahmestarfs werden vom 18. September ab um 10 Prozent ermäßigt. Der Gewichtszuschlag für die Beförderung von gebrochtem Wagen wird von 10 Prozent auf 5 Prozent herabgesetzt.

2. Zur Erleichterung der Geldversorgung wird vom Reichspostminister dem Verwaltungsrat der Reichspost noch in diesem Monat eine Vorlage zur Ermäßigung der Postanrufungs- und Postschiedgebühren zugehen.

3. Die Kohlepreise werden folgendermaßen ermäßigt: Steinkohlen aus Nieder- und Oberschlesien erfahren ab 18. September eine Durchschnittsermäßigung von 10 Prozent gegenüber den vom Reichskohlenverband veröffentlichten Preisen. Sobald die Frage der Erntebefreiung erneuert ist, wird eine Ermäßigung von mindestens 10 Prozent für Ruhelohlen erfolgen.

4. Auf dem Gebiete des Bankwesens: a) Die Reichsbank wird das Diskontierungs-Gesamtkontingent zunächst auf 10 Prozent erhöhen. Sie wird die zulässige Laufzeit von Wechseln bei der Reichsbank für reine Warenwechsel auf drei Monate ausdehnen. Sie wird ferner Bankakzente vorbehaltlich einer Vereinbarung über die von den Banken zu berechnenden Akzeptprovisionen wieder diskontieren.

b) Auf die Bankvereinigungen wird hinsichtlich der Zinsgebühren für hereinkommende Gelder und Sparanlagen eingewirkt werden, die normalen Kreditprovisionen innewohnen. Zur Verminderung unproduktiver Arbeiten bei den Banken sollen die zahlreichen Disziplinvorschriften bis auf einen ganz geringen Teil weggelassen werden.

5. Die Umsatzsteuer und jene Teile der Kapitalverkehrssteuer die mit der Kapitalbeschaffung für die Wirtschaft in Zusammenhang stehen, sollen ermäßigt werden. Die Umsatzsteuer wird mit Wirkung vom 1. Oktober ds. Js. von 2 1/2 auf 2 Prozent herabgesetzt werden. Von den Kapitalverkehrssteuern wird auf dem Gebiete der Gesellschaftsteuer und der Wertpapiersteuer ebenfalls vom 1. Oktober ab eine Entlastung eintreten. Der Zollvorlage, die dem Reichstage vorliegt, soll jedoch durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer nicht vorgegriffen werden. Die steuerlichen Maßnahmen erfolgen angesichts der Dringlichkeit durch Verordnung des Reichspräsidenten. Die Reichsregierung erwartet, daß die ganze Privatwirtschaft durch Entlastung des Preisniveaus und die öffentliche Wirtschaft durch Herabsetzung der Werttarife dem Wege der Regierung folgen werden.

Fast die Hälfte des neudefekten Gebietes geräumt.

Nach den aus dem besetzten Gebiet vorliegenden Meldungen sind von den Gebieten, die nach dem 11. Januar 1923 besetzt worden sind, seit der Londoner Konferenz 48 Prozent wieder geräumt worden. Baden und Hessen sind von den französischen und belgischen Truppen fast vollständig frei, sodas sich das Einbruchgebiet nur noch auf Preußen erstreckt.

1) Berlin. Von unterrichteter Seite wird unter Bezug auf die Truppenrückziehungen der Franzosen darauf aufmerksam gemacht, daß 2. B. von einer endgültigen Räumung Dortmunds noch nicht die Rede sein kann. Selbst die Pariser Presse habe als angeblich letzten Termin den 20. Oktober bezeichnet. Sehr interessant sei auch die Frage, wo denn die Franzosen eigentlich die Truppen lassen, die sie in letzter Zeit aus verschiedenen deutschen Ortsschichten zurückzogen. Da müsse darauf aufmerksam gemacht werden, daß von all diesen Truppen bis jetzt noch nicht ein Mann nach Frankreich zurückgeführt sei. Sämtliche Truppen seien nach wie vor auf deutschem Boden. Es handle sich also bei den ganzen Zurückziehungen um nichts anderes als interne Verschiebungen auf deutschem Boden und die sogenannte „Anschubarmierung“ der Besatzung. Die französischen Truppen seien jederzeit bereit, zu neuen Schlägen gegen deutsches Gebiet auszuholen zu können. Die Lattache charakterisiert die „Friedensarmee“, die Perrot mit so großen Worten eingeleitet habe.

Reichsstadtebund in Bad Harzburg.

1) Bad Harzburg. Gestern vormittag begannen die Verhandlungen der 14. Mitgliederversammlung des Reichsstadtebundes. In seiner Begrüßungsansprache dankte der Vorsitzende Oberbürgermeister Helian-Glenburg den Gästen, insbesondere den Vertretern der Regierungen für ihr Erscheinen und bat sie um Rat und Tat, um die großen Notlagen der kleinen und mittleren Städte abzuwehren. Als grundlegende Forderungen des Reichsstadtebundes bezeichnete er: 1. Beibehaltung der Bezirksregierungen, 2. Unterstellung aller Städte ohne Unterschied der Größe unter die Aufsicht des Reichspräsidenten und zwar wie

bisher in kommunaler, so in Zukunft auch in politischer Hinsicht, 3. Verbot an die Regierungspräsidenten, sich bei der Ausübung der Aufsicht über die Städte der Mitwirkung der Landräte zu bedienen, 4. wesentliche Herabsetzung der Einwohnerzahlgrenze, deren Überschreitung das Auscheiden aus dem Landkreis ermöglicht.

Hierauf hielt Oberbürgermeister Lehmann vom preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt ein Referat über die Wohnungsfrage, in dem er einheimischen Volksgenossen und Freiheit auch der Wohnungswirtschaft forderte. Der Geschäftsführer des Reichsstadtebundes Dr. Gaebel sprach über die Aufrechterhaltung der Gemeinde Selbstverwaltung in ihrem Verhältnis zu Reich, Ländern und den übrigen kommunalen Selbstverwaltungsverbänden.

In seinem Referat zur Wohnungsfrage forderte Bürgermeister Kohl-Verne, daß wirtschaftliche Betriebe des Reichs, der Länder und Gemeinden der Hausinspektorenpflicht zu unterwerfen sind. Der Redner forderte weiter die Reichsregierung auf, entweder zwecks Herausgabe von Zwangslohn vorübergehend eine Reichsrentenstelle zu schaffen oder die Länder zu ermächtigen, eine Zwangslohnstelle für jeden Einkommensteuerpflichtigen des Jahres 1925 anzusetzen. Ferner sollen Reich, Länder und öffentliche Verbände verpflichtet sein zur Behebung der Wohnungsnot ihrer eigenen Beamten und Angestellten, den Gemeinden oder Vaugenossenschaften angemessene Arbeitsgelegenheiten in einem Umfang nicht über Reichsbankdiskont zur Verfügung zu stellen.

Rabbinatrat am Montag.

1) Berlin. Wie verlautet, wird nach Rückkehr des Reichskanzlers Marx am Montag ein Rabbinatrat über die politischen Tagesfragen stattfinden.

Dr. Stresemann wieder in Berlin.

1) Berlin. Reichsminister Dr. Stresemann ist gestern wieder in Berlin eingetroffen.

Die Koblenzer Verhandlungen.

1) Koblenz. Die Koblenzer Verhandlungen wurden gestern in mehreren Komitees fortgesetzt. Der von der Reichsregierung bestellte Leiter der Verhandlungen in Koblenz und Düsseldorf, Landeshauptmann Dr. Sorion, suchte im Laufe des Vormittags den französischen, belgischen und britischen Oberkommissar in der Interalliierten Rheinlandkommission auf und hatte mit ihnen längere Unterredungen. Nach einer Entscheidung der I.A. vom 11. d. Mts. ist die Ausweisung von etwa 1300 Privatpersonen und Beamten zurückgenommen worden. Landeshauptmann Dr. Sorion hat sich nach Düsseldorf begeben, um dort die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit dem französischen Oberbefehlshaber aufzunehmen.

Um die 800-Millionen-Anleihe.

1) Leipzig. Meldungen über den angeblichen Abschluß der 800-Millionen-Anleihe sind, wie die Reichsanthropologischen und Exportzeitung von ausländischer Seite erzählt, unrichtig. Es haben bis zur Stunde noch nicht einmal Verhandlungen zwischen den in Betracht kommenden Stellen, insbesondere mit den Hauptabnehmern der Anleihe, Amerika und England, stattgefunden. Die vielfach genannten übermäßig hohen Zinssätze sind ebenfalls nicht aufrecht, vielmehr wird deutschseits Wert auf einen angemessenen Zinssatz gelegt, damit sich Deutschland nicht den Weg für sonstige Anleihen dadurch verbaut, daß die 800-Millionen-Anleihe eine ungewöhnliche Höhe abwirft.

Owen Young reist nach Paris.

1) Paris. Wie der „Temps“ mitteilt, kehrt der Generalagent für die deutschen Zahlungen Owen Young heute abend aus Berlin nach Paris zurück, um die Reparationskommission über die von ihm bereits angeordneten Maßnahmen zu unterrichten. Young werde auch in der kommenden Woche mit den beiden Zreuhändlern Delacroix und Rogara unterhandeln, die vor dem 6. Oktober von der deutschen Regierung Zertifikate über 11 Milliarden Goldmark Eisenbahn- und 5 Milliarden Goldmark Industrieobligationen erhalten müssen. Vor dem 6. Oktober müssen auch die Prüfungs- und Kontrollorgane, die der Dawes-Plan vorseht, gebildet werden. Ebenso müssen die neue Emissionsbank und die Reichsbahnbankgesellschaft endgültig eingerichtet werden. Die Reparationskommission werde im Einklang mit dem Generalagenten nächste Woche die verschiedenen Beschlüsse studieren, die noch gefaßt werden müßten. Die Abmachungen über die Unterordnung der 800-Millionen-Anleihe müßten bis spätestens 21. Oktober getroffen werden.

Feierliche Begrüßung des Regierungspräsidenten Mathens.

1) Speyer. Im früheren Landratssaal des Regierungsgebäudes fand die feierliche Begrüßung des in die Pfalz zurückgekehrten Regierungspräsidenten Mathens durch die Beamtenschaft der Regierung statt. Regierungsdirektor Staebler, der bisher die Geschäfte des Regierungspräsidenten führte, begrüßte namens der Beamtenschaft den Regierungspräsidenten und ließ ihn zur Wiederannahme seiner Tätigkeit herzlich willkommen heißen. Regierungspräsident Dr. Mathens erwiderte in längerer Ansprache, in denen er in besonderer seiner Freude Ausdruck gab, daß ihm nunmehr wieder vergönnt ist, zum Wohle der Pfalz und ihrer Bevölkerung zu wirken.

Schwere Verheerungen im Gebiet der Unterelbe.

1) Hamburg. Die seit hier vorliegenden Berichte geben ein Bild von den schweren Verheerungen, die das Sturmwetter der letzten Tage im Gebiet der Unterelbe angerichtet hat. In der Gegend von Stade wurde das gesamte Lukenheidegebirge, besonders am linken Elbufer, von den Wellen überflutet und die ganze Korn- und Gemüsefortgeschwemmt und die Obsterte vollständig vernichtet. Auch Vieh ist umgekommen. Auf der Elbinsel Franzen wurden sämtliche Telefonleitungen zerstört. In Cuxhaven war der Pier zur Hälfte überflutet. Die ausfahrenden Schiffe mußten umkehren. Die Militärbadanstalt mußte wegen des Sturmes abgebrochen werden. Das Feuerlöschschiff „Elbe 2“ wurde abgetrieben. Schiffsunfälle werden nicht gemeldet, auch scheinen Menschenleben nicht verloren gegangen zu sein. Die telefonische Verbindung mit Helgoland ist unterbrochen.

1) Kopenhagen. Die Stürme der letzten Tage mit Hagelschlag und Gewitter haben ganz Dänemark und Schweden verheert. Die Obsterte ist vernichtet und die Ernte der Wälder teilweise vollkommen zerstört. In Dänemark allein wurden bisher 40 Tote gemeldet. Die Krankenhäuser der Städte sind mit Verwundeten überfüllt. Auch auf dem Meere ist die Zahl der Menschenverluste sehr groß.

Von den Laufziger Divisionsmanövern.

1) Danzig. Zur Teilnahme an den beiden letzten Tagen der Laufziger Divisionsmanöver ist vorgestern abend der Chef der Heeresleitung General v. Seckt mit Begleitung hier eingetroffen und hat sich gestern früh mit dem Reichswehrgruppenkommandeur General Wehring, der die Manöver leitet, ins Gelände begeben. Anlässlich des Auftretens am Donnerstag fand abends in den Räumen der Societät ein gelehrtes Beisammensein der Führer der Reichswehr mit den Vertretern der sächsischen und staatlichen Behörden des ganzen Regierungsbezirks, der Schule und Wissenschaft, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels statt. Der Kommandeur der 4. Division Generalleutnant Müller blieb den Chef der Heeresleitung willkommen als den Schöpfer und Organisator der Reichswehr. Weitere Ansprachen hielten Reichshauptmann Richter und General v. Seckt. Anschließend fand auf dem Kornmarkt ein großer Kaptenreich statt, angeleitet von fünf Militärkapellen. Dem militärischen Schauspiel, das mit einer Illumination der Stadt verbunden war, wohnten Tausende von Zuschauern bei. Eine Parade der am Manöver beteiligten Truppenverbände vor General v. Seckt soll heute vormittag in unmittelbarer Nähe des Klosters Marienstern abgehalten werden.

Die letzten Tage der sächsischen Armee.

Als vor 10 Jahren der Aufmarsch der Seez gegen den Feind in Ost und West erfolgte, zog der weitüberwiegende Teil der sächsischen Kämpfer mit der 3. Armee nach Belgien und Frankreich. Ihr Oberbefehlshaber war Generaloberst Freiherr v. Daulen, der langjährige sächsische Kriegsminister, dessen Name durch gebiente Soldaten wohl in jedem sächsischen Dorfe bekannt geworden ist. Die Leistungen dieser Armee, in der die beiden aktiven sächsischen Armeekorps XI und XII, sowie das sächsische XII. Reservekorps gehörten, sind daher in unserem engeren Vaterlande stets mit Interesse verfolgt worden, es war die „sächsische“ Armee, deren Taten im Rahmen der Gesamtkriegslage Generaloberst v. Daulen in seinen „Erinnerungen an den Kampfeinsatz“ der Nachwelt erhalten hat. Heute, am 13. 9. 24, soll daran erinnert werden, daß vor 10 Jahren der einheitliche Zusammenschluß der sächsischen Truppen mit Beginn des langjährigen Stellungskrieges ein Ende fand. Die Armee war im Grenzgebiet des Ostfeldzuges aufgelassen worden, erlitt am 23. 8. den Übergang über die Maas bei Dinant, schlug am den 1. 9. den Feind an der Elise bei Metz, drang über Reims zur Marne vor und stand dort in heftigem Kampfe südlich von Epervan, als die Gesamtlage den Rückzugsbefehl in die Champagne erteilte. Reims notwendig machte. Durch die Vorwärtstämpfe stark mitgenommen, aber ungeschlagen, bezogen die Truppen ihre neuen Stellungen. Nicht nur die eigenen Aufgaben waren von ihnen erfolgreich gelöst worden, wiederholt hatte die 3. Armee den beiderseitig anschließenden Nachbarn Hilfe leisten können, sodas ihr Oberbefehlshaber bei der Obersten Heeresleitung im Schwere „der neue Blücher“ genannt wurde. Die zwischen dem rechten Flügel des deutschen Heeres und dem Meere fließende Maas machte es notwendig, aus allen Armeen geschlossene Korps herauszugiehen, um diese an der bedrohten Stelle einzusetzen. Am 13. 9. schied das XII. A. K., am 4. 10. folgte das XIX. A. K., allein das XII. Res. A. blieb in der Champagne zurück. Gleichzeitig mußte auch der bewährte Oberbefehlshaber, den schwerer Lypus für Monate auf Krankenlager wart, seine Stellung aufgeben. Für ihn wurde der preussische General der Kavallerie v. Einem an die Spitze der 3. Armee gestellt. Es war nicht mehr daran zu denken, im Laufe des Krieges größere landmannschaftliche Verbände wieder zusammenzufassen, wurden die höheren Stäbe doch immer mehr bodenständig, während die Divisionen je nach Kampfwert an den gefährdeten, bezugnehmender Fronten eingesetzt wurden. Noch oft konnte der Heeresbericht sächsische Divisionen lobend erwähnen, in Ost und West, vor Verdun und an der Somme, bei der großen Offensive 1918 und anderen Kämpfen, bei denen an die Truppen die höchsten Ansprüche gestellt wurden. Der enge Zusammenhalt zwischen den sächsischen Verbänden ist mit dem 13. September auf immer gelöst.